

Zweimal Nein und einmal Ja für eine freiheitliche und bürgerliche Politik

Das Abstimmungscouvert ist im Briefkasten; am 9. Februar entscheidet der Souverän in der Schweiz und im Aargau über drei Fragen. Die SVP der Stadt Rheinfelden hat dazu folgende Parolen gefasst:

- Nein zur Ausweitung der Rassismusstrafnorm. Das freie Wort ist die wichtigste Grundlage der freien Gesellschaft; Einschränkungen der Ausdrucksfreiheit müssen sehr, sehr gut begründet sein. Der vorgelegte Artikel löst kein einziges Problem, schafft aber nur weitere Rechtsunsicherheit und Juristenfutter, ohne dass er Homosexuelle vor Angriffen schützt.
- Nein zur Mieterverbandsinitiative. Ausgerechnet in den grossen Städten, wo günstiger Wohnraum knapp ist, beträgt die Quote an staatlichen oder genossenschaftlichen Wohnungen bereits ein Mehrfaches der geforderten 10%, während ausserhalb davon Leerwohnungen in der Grössenordnung der Stadt Bern (75'000 Objekte) leer stehen. Diese Initiative fordert unnötigen staatlichen Aktionismus und fördert Planwirtschaft, Verschwendung von Steuergeldern und Vetterliwirtschaft.
- Ja zum neuen Gesetz über Gemeinde- und Staatsbürgerschaft: Die Einbürgerung ist für einen Ausländer der Endpunkt seiner gelungenen Integration. Dies gilt besonders für eine Staatsbürgerschaft, die so weite Mitbestimmungsrechte gibt wie die unsrige. Die Anpassungen der Kriterien dafür, nämlich die, den Test nicht nur absolvieren sondern auch bestehen zu müssen und der Nachweis, dass man wirtschaftlich auch langfristig auf eigenen Füßen stehen kann, sind massvoll und gerechtfertigt.

Wir hoffen, dass sich am 9. Februar eine Mehrheit der Schweizer und Aargauer in diesem Sinne für freiheitliche und bürgerliche Positionen entscheiden.

Dr. Dimitrios Papadopoulos

Präsident, SVP Stadt Rheinfelden